

Gerald Braunberger

FACKEL DER DEMOKRATIE

Gerald Braunberger

FACKEL DER DEMOKRATIE

Die Geschichte der Frankfurter Zeitung



**Frankfurter
Allgemeine
Buch**

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Hinweis

Wir sind uns bewusst, dass die Haltung zum Thema Gendern durchaus vielfältig ist. In dieser Publikation haben wir zugunsten einer besseren Lesbarkeit hauptsächlich das generische Maskulinum verwendet, womit wir immer zugleich weibliche, männliche und diverse Personen meinen.



**Frankfurter
Allgemeine
Buch**

© Fazit Communication GmbH
Frankfurter Allgemeine Buch
Pariser Straße 1
60486 Frankfurt am Main
buch@fazbuch.de

Umschlaggestaltung: Nina Hegemann
Umschlagabbildung: © F.A.Z.
Satz: Jan Walter Hofmann
Druck: UAB BALTO print, Vilnius
Printed in the EU

1. Auflage
Frankfurt am Main 2026
ISBN 978-3-96251-271-2

Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, vorbehalten.

Frankfurter Allgemeine Buch hat sich zu einer nachhaltigen Buchproduktion verpflichtet und erwirbt gemeinsam mit den Lieferanten Emissionsminderungszertifikate zur Kompensation des CO₂-Ausstoßes.



Druckprodukt mit finanziellem
Klimabeitrag
ClimatePartner.com/18507-2608-1010

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	7
1 Die Anfänge	11
1.1 Geschäftsbericht und Handelszeitung	11
1.2 Der Deutsche Bund	13
1.3 Ein politisches Blatt	17
1.4 Bismarck	32
1.5 Das Jahr 1866	41
2 Das Reich Bismarcks	55
2.1 In Preußen	55
2.2 Reichsfeinde	68
2.3 Gründerboom und Gründerkrise	82
2.4 Antisemitismus	85
2.5 Der späte Bismarck	95
3 Das Wilhelminische Zeitalter	101
3.1 Der neue Kurs	101
3.2 Weltpolitik	111
3.3 August Stein	118
3.4 Albtraum der Bündnisse	126
3.5 Sonnemanns Erbe	133
3.6 Wirtschaft in der Industrialisierung	137
3.7 Der Weg in den Abgrund	140
4 Der Erste Weltkrieg	167
4.1 Blanker Hass	167
4.2 Ende des Burgfriedens	171
4.3 Innenpolitischer Zwist	177
4.4 Wind des Wandels	183
4.5 Das letzte Kriegsjahr	192
5 Die Republik	209
5.1 Der Weg nach Weimar	209
5.2 Versailles	216
5.3 Die Hyperinflation	222
5.4 Goldene Zwanziger	229
5.5 Krisenjahre der Zeitung	239
5.6 Finale für die Demokratie	249

6	Der Nationalsozialismus	267
6.1	Der Weg zur Gleichschaltung	267
6.2	Unter Aufsicht	275
6.3	Grenzen des Möglichen	283
6.4	Grenzgänger	291
6.5	Das Ende	301
7	Epilog: Von der FZ zur F.A.Z.	305
7.1	Zerbrochene Träume	305
7.2	Zwei schwäbische Verleger	310
7.3	Ein Duell	312
7.4	Neugründungen	315
7.5	Zusammenführungen	319
	Wichtige Personen	323
	Endnoten	329
	Bildnachweise	349
	Der Autor	351

Einleitung

Eine lebendige Demokratie bedarf der Öffentlichkeit und damit Medien, die einen öffentlichen Raum bereitstellen und befüllen. Dieses Thema ist heute ebenso aktuell wie vor eineinhalb Jahrhunderten, auch wenn sich die Kommunikationsmittel seit dem späten 19. Jahrhundert tiefgreifend verändert haben. Damals waren Zeitungen das mit Abstand wichtigste Medium, die heutige Welt ist längst multimedial geworden. Lassen sich aus früheren Erfahrungen Erkenntnisse für unsere unruhige Zeit gewinnen?

Dieses Buch erzählt erstmals die Gesamtgeschichte einer der angesehensten Zeitungen im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Die im Jahr 1856 gegründete *Frankfurter Zeitung* war geprägt vom demokratischen Geist der Paulskirche und der Revolution von 1848. Sie glich einer Fackel, die ihr helles Licht in die Düsternis der politischen Verhältnisse Deutschlands im 19. und in Teilen des frühen 20. Jahrhunderts schleuderte. Die Zeitung wurde von ihren Gegnern als vaterlandslos geschmäht, obgleich sie sich selbst als patriotisch wahrnahm. Mit der Behauptung, die Zeitung sei ein „Judenblatt“, wurden ihr Partikularinteressen unterstellt, während sie publizistisch gegen eine Politik anscrieb, die selbst Partikularinteressen förderte. In der Bismarckzeit saßen ihre Redakteure wiederholt im Gefängnis, weil sie gegen staatliche Willkür unerschrocken ein Recht auf freie Meinungsäußerung beanspruchten.

„Weder Karl Marx noch Otto von Bismarck“, formulierte der Zeitungsgründer und Eigentümer Leopold Sonnemann, ein früherer Bankier mit einer sozialen Ader, als politische Maxime. Er wollte dem herrschenden preußischem Militarismus und Autoritarismus eine von einer Allianz aus Bürgertum und Arbeiterschaft getragene parlamentarische Demokratie entgegensetzen. Stolz bezeichnete sich die Zeitung als „erstes Kampfesorgan der deutschen Demokratie“.

Die *Frankfurter Zeitung* blieb für Bismarck und seine Nachfolger unbequem, weil sie nicht ignoriert werden konnte. Sonnemann verband einen linksliberalen Politikteil mit einem marktwirtschaftlich ausgerichteten Wirtschafts- und

Finanzteil, der in der Geschäftswelt stark beachtet wurde. Zur Relevanz trugen ein großzügig ausgebautes Korrespondentennetz und eine auf Aktualität, Qualität und Zuverlässigkeit ausgerichtete Nachrichtenredaktion bei. Angesehene Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft und dem Kulturleben verfassten Gastbeiträge. Keine andere deutsche Zeitung wurde in ausländischen Politik- und Wirtschaftskreisen aufmerksamer gelesen.

Auf den Zusammenbruch des Kaiserreichs am Ende des Ersten Weltkriegs antwortete die Zeitung mit einer publizistischen Offensive zugunsten einer Demokratisierung, die sich außer in Zeitungsartikeln auch in Sonderdrucken niederschlug. Mitglieder der Redaktion schrieben Seite an Seite mit bekannten Wissenschaftlern wie Max Weber. Niemals war die Zeitung innovativer und anregender als in dieser Zeit. Den schmalen Pfad zur Weimarer Republik zwischen dem aus Moskau exportierten Bolschewismus und nationalen Versuchen einer monarchischen Restauration begleitete sie nicht unkritisch, aber wohlwollend. Von einer entschiedenen Gegnerin Bismarcks wie des Kaiserreichs Wilhelms II. wandelte sie sich zu einer Verteidigerin der neuen, von Beginn an fragilen Demokratie und zog sich damit den Hass der wachsenden Zahl von Demokratiefeinden auf der Rechten wie auf der Linken zu. In den kurzen „Goldenen Zwanzigern“ öffnete das Feuilleton mit Autoren wie Walter Benjamin, Siegfried Kracauer, Benno Reifenberg und Joseph Roth neue Diskursräume.

Gegen Ende der Weimarer Republik begann die Fackel weniger hell zu leuchten. Selbst in wirtschaftlicher Not befindlich, von Selbstzweifeln geplagt, suchte die *Frankfurter Zeitung* mühsam ihren Weg in einer von schweren Krisen erschütterten Republik, der die Demokraten abhandenkamen. Am Ende, als die republik-erhaltenden Parteien über keine Mehrheit im Reichstag mehr verfügten, näherten sich prominente Stimmen der Zeitung vorübergehend Tolerierungsmodellen unter Einschluss der Nationalsozialisten an.

Die Geschichte der *Frankfurter Zeitung* belegt, wie in extremen Zeiten das vernunft- und inhaltsgetriebene Raisonement gegenüber nationalem Überschwang und völkischem Ressentiment in die Defensive gerät. Sie hatte noch in der Spätphase des Kaiserreichs bis in die Julikrise 1914 hinein wilhelminisch-preussischer Großmannssucht das Ideal eines friedlichen Interessenausgleichs der europäischen Mächte entgegengehalten. Mit Ausbruch des Ersten Weltkriegs schaltete die Zeitung unvermittelt, wenn auch nur kurz, auf einen extremen Chauvinismus um, in dem England von einem lange umworbenen Wunschpartner zum erbitterten, mit tiefster Verachtung gestraften Todfeind wurde.

Nach dem 30. Januar 1933 kämpfte die Zeitung einige Wochen mutig und mit offenem Visier für die dem Untergang geweihte Demokratie. Gegenüber dem Gefühl der nationalen Wiedererweckung, das Hitlers Außenpolitik in den ersten Friedensjahren erzeugte, war sie in der Folge nicht immun. Die sich zunehmend in das Feuilleton verlagernden, gut dokumentierten Versuche, zwischen den Zeilen vorsichtig Gegenpositionen zur nationalsozialistischen Innen- und Gesellschaftspolitik zu formulieren, wurden mit einer Gleichschaltung des Politikteils erkaufte, in dem nicht wenige Artikel den Eindruck eines elaborierten Fanatismus hinterließen.

Die Frage, ob die „Frankfurterin“ angesichts ihrer Kompromisse mit dem Regime des Teufels Zeitung wurde, ist von damaligen Lesern wie von späteren Historikern sehr kontrovers beantwortet worden. Beim Versuch, ein Blatt für eine anständige Minderheit zu konservieren, habe man nach außen für das verbrecherische System gewirkt wie ein Wolf im Schafspelz, ob man das gewollt habe oder nicht, konstatierte im Nachhinein Oskar Stark, eine der Stützen der Zeitung. Am Ende war bestenfalls eine kleine Kerze an die Stelle der über Jahrzehnte stolz getragenen Fackel getreten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg verbot die Amerikanische Besatzungsmacht eine Neugründung der im Spätsommer 1943 geschlossenen *Frankfurter Zeitung*. Auf verschlungenen Wegen fanden ein Teil ihres geistigen Erbes und ihrer früheren Mitarbeiter Aufnahme in der 1949 gegründeten *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*.

Als die *Frankfurter Zeitung* kurz nach ihrer Gründung in die damalige westliche Neustadt zog, war die Große Eschenheimer Gasse gerade in Große Eschenheimer Straße umbenannt worden. Gleichwohl blieb die Zeitung in ihrer Selbstwahrnehmung wie in der Wahrnehmung vieler Leser das Blatt aus der Eschenheimer Gasse. Daher wurde die alte Straßenbezeichnung in diesem Buch beibehalten. Übernommen wurde auch die früher geläufige Gleichsetzung Englands mit Großbritannien. Die Rechtschreibung ist behutsam an die Gegenwart angepasst worden.

Während der mehrjährigen Beschäftigung mit der faszinierenden Geschichte der *Frankfurter Zeitung* habe ich von freundlicher Unterstützung profitiert. Ein weiteres Mal gilt mein besonderer Dank Jens Seeling und seinem Team vom Buchverlag der F.A.Z. Maïke Aschoff, Rainer Bayreuther, Uwe Bergmann-Deppisch, Joy Cohnstaedt (+), Modris Eksteins, Gunilla Eschenbach, Henner Flohr, Olivera Kipic, Wulf Rüska, Andrea Schneider-Braunberger und Erwin J. Warkentin haben mit Informationen, Rat oder Tat geholfen. Bei Archivrecherchen erhielt ich

Unterstützung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Bibliotheken des Otto-Suhr-Instituts (Berlin), des Instituts für Zeitgeschichte (München), des Instituts für Zeitungsforschung (Dortmund), der Deutschen Nationalbibliothek (Frankfurt), des Jüdischen Museums (Frankfurt) und des Instituts für Stadtgeschichte (Frankfurt).

Frankfurt, im Juli 2026

Gerald Braunberger

1

Die Anfänge

1.1 Geschäftsbericht und Handelszeitung

Frankfurt am Main war im Jahre 1856 eine von keinem Fürsten regierte Stadt, ein vor allem nach Süddeutschland ausgerichtetes Handels- und Finanzzentrum mit einer jahrhundertealten Tradition als bedeutender Messeplatz und der Zentralort des Deutschen Bundes als der damaligen politischen Ordnung Deutschlands. Frankfurt zählte in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht zu den bedeutendsten Städten Deutschlands, blieb aber in der Zahl ihrer Einwohner mit rund 60.000 deutlich hinter Wien (431.000), Berlin (400.000) und Hamburg (215.000) zurück.

Mitte des 19. Jahrhunderts befreite sich das wirtschaftliche Leben in Deutschland „aus den Hemmnissen bedrückender Enge und überängstlicher Scheu, aus vielfach noch kleinlichen Verhältnissen und altväterlichen Anschauungen“.¹ Vom wirtschaftlichen Aufschwung profitierte auch ein Finanzplatz wie Frankfurt. Die Wirtschaft suchte nach Kapital, das eine wachsende Zahl vermögender Anleger zur Verfügung stellte. Banken und Börsen brachten das Angebot und die Nachfrage nach Kapital zusammen, allerdings veruntreuten immer wieder unseriöse Geschäftemacher die ihnen anvertrauten Mittel. Das Interesse der Anleger an zuverlässigen Informationen über den Kapitalmarkt gab daher Anlass zur Gründung einer spezialisierten Finanzpresse. Die Pionierrolle übernahm in Frankfurt zu Jahresbeginn 1854 ein *Actionär* getauftes Wochenblatt.

Vorausgegangen war die Verbreitung von Kursen und Nachrichten von der Börse, darunter der 1853 für seine Kunden gegründete *Geschäftsbericht* des Bankiers Heinrich Bernhard Rosenthal. Bald darauf teilte der Bankier seinen Lesern mit, das Projekt habe „eine so günstige Aufnahme gefunden, und die Gesuche um Zusendung desselben, haben sich so gehäuft, dass ich nicht mehr im Stande bin, ihn in der Weise wie bisher zu liefern.“²

Daher sprach Rosenthal im Sommer 1856 seinen jungen Bankierskollegen Leopold Sonnemann an, um den Geschäftsbericht zu einer Zeitung auszubauen. Rückblickend verstand Sonnemann das Unterfangen lediglich als Ausdruck eines vorübergehenden Bedürfnisses der Leser. „Die erste industrielle Gründungsepoche war damals in vollem Zuge“, erinnerte sich Sonnemann später. „Da galt es, dem deutschen Publikum die großen Gefahren des Aktienwesens nahezulegen und die Unhaltbarkeit mancher neuen Schöpfung nachzuweisen.“³

Am 21. Juli 1856 erschien erstmals der *Frankfurter Geschäftsbericht* als tägliche Publikation mit vier Seiten. Das später etwas vergrößerte Format betrug anfangs 32 ¼ zu 20 ½ Zentimeter und entsprach in etwa dem Format ortsansässiger Blätter wie dem *Frankfurter Journal*. Der Geschäftsbericht wurde in lateinischer Schrift (Antiqua) gedruckt von Reinhold Baist. In der Bornheimer Straße 9 befanden sich der Vertrieb sowie eine Anzeigenannahme.

„Der größte Teil des Raumes war der Bekämpfung ungesunder Aktienunternehmungen und der Erörterung finanzieller Angelegenheiten gewidmet“, erinnerte sich Sonnemann.⁴ „Daneben wurden die Interessen des Warenhandels, der Industrie, des Verkehrswesens nach Kräften zu fördern gesucht.“ Einen Wettbewerbsvorteil verschaffte sich das Blatt mit der Nutzung des Telegraphen zur zeitnahen Übermittlung von Börsenkursen aus Berlin, Wien und Paris. Für größtmögliche Aktualität investierte Sonnemann viel Geld.

Der Erfolg ließ nicht auf sich warten. Wenige Wochen nach der Gründung benannten Rosenthal und Sonnemann ihr Projekt in *Frankfurter Handelszeitung* um. Sie erschien erstmals am 27. August 1856. Rosenthal war ihr Herausgeber; als Redakteur für den „volkswirtschaftlichen Teil“ wurde der Ökonom und Politiker Max Wirth verpflichtet, der das vierbändige Werk „Grundzüge der Nationalökonomie“ verfasst hatte. In diese Zeit fiel ein Aufsehen erregender Verleumdungsprozess, den die von englischen und französischen Spekulanten gegründete Nassauische Eisenbahngesellschaft anstrebte. Da die Zeitung die von ihr behaupteten Schwindelgeschäfte nachweisen konnte, wurde sie freigesprochen.⁵ Wirth schied bald wieder aus, doch sollten volkswirtschaftliche Themen weiterhin eine bedeutende Rolle spielen. Sonnemanns starkes Engagement für die Zeitung trat erst allmählich hervor.

„Ein Blatt, das vom hiesigen Platze aus täglich die Interessen der Bewohner der deutschen Bundesstaaten, insbesondere aber die der immer zahlreicher werdenden Classe der Actien-Besitzer unparteiisch vertritt, das zugleich die Interessen der Landwirthschaft, der Fabrikindustrie und des Handels in

gründlicher Weise berücksichtigt und täglich ein getreues Bild der Frankfurter Börse auf dem raschesten Wege gibt, ist schon ein länger gefühltes Bedürfnis“, hieß es in einer Werbung für Abonnenten. Die *Frankfurter Handelszeitung* werde „die deutschen Actiengesellschaften besonders ins Auge fassen, den Fortgang ihrer Unternehmungen kritisch beleuchten und soweit als möglich die inneren und äußeren Ursachen würdigen, welche auf deren Werth Einfluss haben.“⁶

Rasch betrug der Umfang der Zeitung acht Seiten. Die Zahl der Korrespondentenberichte wuchs, bald informierte die Zeitung auch über Warenmärkte. Am 6. Dezember 1857 erschien erstmals in einer vierseitigen Beilage ein Feuilleton, und seit dem 15. Mai 1859 wurde die Zeitung in zwei Ausgaben am Tag gedruckt. „Das wachsende Ansehen, dessen das Blatt sich damals bereits zu erfreuen hatte, sein Zunehmen an Einfluss und Verbreitung, ließen sich auch an sonstigen Merkmalen erkennen, zuweilen in anderer Richtung sogar, als die Redaktion dies wünschen konnte. Mehrmals hatte die Zeitung schon in ihren ersten Jahrgängen über ungehörigen Nachdruck zu klagen, Aneignung ihrer Nachrichten und ihrer Anregungen durch andere Blätter, in denen sie als eigene ausgegeben wurden“, hieß es.⁷ „Am 25. März 1859 sah die Handelszeitung sich sogar genötigt, zwei Blättern in Wiesbaden derb auf die Finger zu klopfen, weil diese sich ganz ungeniert Einrichtungen geschaffen hatten, um das Depeschenmaterial der Frankfurter Kollegin zu plündern.“

Komplett war sie noch nicht. Denn je mehr „die wirtschaftlichen Vorgänge im großen Publikum beachtet wurden, je weiter die *Frankfurter Handelszeitung* sich verbreitete und an Einfluss zunahm, desto häufiger drängte sich ihr das Bedürfnis auf, für den Nachrichtendienst wie für die Beurteilung auch die politischen Begebenheiten zu berücksichtigen, für die wirtschaftlichen Fragen auch politische Gesichtspunkte heranzuziehen.“⁸ Mit der Hinwendung zur Politik wandelte sich ihr Charakter nachdrücklich.

1.2 Der Deutsche Bund

„Oh Bund! Du Hund! Du bist nicht gesund“ – hatte Heinrich Heine spöttisch über den „Bund der deutschen Nationen“ geurteilt, den die Siegermächte über Napoleon im Jahre 1815 auf dem Wiener Kongress als Nachfolgeorganisation des 1806 aufgelösten Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation gegründet hatten. Eine „föderative Form von Staatlichkeit“⁹ sollte die Unabhängigkeit Deutschlands und

das Gleichgewicht der Mächte in Europa sichern. Die Schöpfer des Bundes strebten nach der Französischen Revolution die Restauration der Fürstenherrschaft an. Demokratie war ebenso unerwünscht wie ein mächtiger deutscher Nationalstaat.

Zum Zeitpunkt seiner Gründung gehörten dem Bund 34 Fürstentümer und vier Freie Städte, darunter Frankfurt, mit annähernd 30 Millionen Einwohnern an. Mit dem von den Habsburgern regierten Österreich als offizieller Vormacht und dem von den Hohenzollern regierten Preußen waren zwei europäische Großmächte Mitglieder, deren Umgang sich zwischen Kooperation und Konfrontation bewegte. Dem Bund gehörten neben Kleinstaaten zudem mittelgroße Staaten wie Bayern, Baden, Württemberg, Hannover und Sachsen an, die auf ihre Souveränität achteten und nicht unter die Kontrolle einer Großmacht geraten wollten. Die Mittelstaaten wurden als ein „drittes Deutschland“ wahrgenommen; doch waren ihre gemeinsamen Interessen nicht ausreichend für die Bildung einer dauerhaft gegen die Großmächte auftretenden Einheit.

Der Deutsche Bund besaß weder ein Staatsoberhaupt noch ein Parlament oder eine Regierung, aber seine Konstruktion ruhte immerhin auf einer Verfassung („Deutsche Bundesakte“). Einziges Bundesorgan war die aus den Gesandten der Mitgliedsstaaten gebildete ständige Bundesversammlung, die in Frankfurt unter dem Vorsitz Österreichs tagte. Sie nahm ihren Sitz in dem an der Eschenheimer Gasse gelegenen Palais Thurn und Taxis ein.

Die Interessenlagen der Mächte waren kompliziert. Erhebliche Teile des Habsburgerreiches lagen außerhalb des Bundes. Überdies hatte sich Österreich, zu dem wichtige Teile Norditaliens gehörten, verpflichtet, einer Einflussnahme Frankreichs in Italien entgegenzutreten. Dadurch wurde Wien von den Vorgängen in Deutschland abgelenkt. Das Staatsgebiet Preußens wiederum befand sich überwiegend im Deutschen Bund. Umgekehrt zählte das Königreich Dänemark zu den Mitgliedsstaaten, obgleich mit dem Herzogtum Holstein nur ein kleiner Teil des dänischen Reiches auf Bundesgebiet lag. Zum Bund gehörte auch das Großherzogtum Luxemburg, dessen Herrscherhaus Nassau-Oranien in Personalunion mit dem Königreich der Vereinigten Niederlande verbunden war.

Die zuerst in Großbritannien in Gang gekommene Industrialisierung weckte auch im zersplitterten Deutschland den Wunsch nach einem größeren gemeinsamen Wirtschaftsraum ohne Binnen-, aber mit Außenzöllen. Dem zu Jahresbeginn 1834 mit tatkräftiger Unterstützung Preußens gegründeten Deutschen Zollverein, einem „Sonderbund innerhalb des Deutschen Bundes“,¹⁰ traten mit der folgenreichen Ausnahme Österreichs im Laufe der Zeit nahezu alle Mitgliedsstaaten bei. Der

Zollverein schuf mit seinem größeren Binnenmarkt einen Rahmen für eine dynamische wirtschaftliche Entwicklung, von der Preußen im Wettstreit mit Österreich profitierte.

Leicht zu charakterisieren war der Deutsche Bund nicht. Mancher Zeitgenosse sah in ihm eine Art völkerrechtlichen Verein, andere verorteten ihn zwischen einem Staatenbund und einem Bundesstaat. Ob er in einem Zeitalter sich ausbreitenden nationalen Denkens sowie wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels eine attraktive und stabile föderale Alternative zu einem Nationalstaat würde bieten können, musste sich zeigen.

Die Revolution von 1848

Die Revolution von 1848 wurde zur existenziellen Herausforderung für die Fürstenherrschaften. Sie brach als Februarrevolution in Paris aus, wo sie König Louis Philippe zum Rücktritt zwang. Sie breitete sich im März 1848 auf Teile des Deutschen Bundes aus und erfasste in der Folge weitere europäische Staaten. Die Unruhe ergriff die Bevölkerung in Städten ebenso wie auf dem Land. Auslöser waren eine schlechte Wirtschaftslage in Verbindung mit Missernten und Hungerkrisen, die den Ausbruch der Unruhen unmittelbar begünstigten.

Hinter der kurzfristigen wirtschaftlichen Misere verbargen sich grundlegende Veränderungen. Mit der Industrialisierung war die Bevölkerungszahl schneller gestiegen als das Nahrungsmittelangebot. Die Industrialisierung hatte alte Wirtschafts- und Sozialstrukturen aufgebrochen und erheblichen Reichtum einer kleinen Schicht begründet, aber auch zur Verelendung von Teilen der Bevölkerung beigetragen. Die autoritär regierten Fürstenherrschaften waren diesen Veränderungen nicht gewachsen. Viele Menschen verlangten größere Freiheits- und Teilhaberechte, zugleich breitete sich der Nationalstaatsgedanke aus. In mehreren Staaten, darunter in Preußen und in Österreich, machten die Herrscher nach Ausbruch der Revolution Konzessionen, um sich an der Macht zu halten. Dazu gehörte die Zustimmung zur Wahl einer deutschen Nationalversammlung in Frankfurt.

„Es gährte in Deutschland“, konstatiert Günter Mick.¹¹ Am 18. Mai 1848 traten die ersten 384 von 585 Abgeordneten unter „Jubel, Glockengeläut und Böllerschüssen in die Paulskirche ein. Die Volksvertreter sind weitgehend frei, aber unter Ausschluss von Frauen gewählt“, schreibt Mick. „Ein ‚Professorenparlament‘ wie später häufig kritisiert, ist die Versammlung nicht. Es handelt sich aber um eine

bürgerliche Versammlung, in der drei Viertel der Mitglieder Akademiker sind. Vor allem Juristen, Beamte, Lehrer, Ärzte und Geistliche sind stark vertreten.“

Unter den gemäßigten Abgeordneten bildeten sich in der Paulskirche zwei Lager. Die in der Mehrheit befindlichen Liberalen fürchteten einen Umsturz revolutionärer Arbeiter, wie ihn Karl Marx und Friedrich Engels in ihrem „Kommunistischen Manifest“ an die Wand malten, und strebten allmähliche Reformen im Rahmen der Fürstenherrschaften an. Sie lehnten Volksherrschaft und allgemeines Wahlrecht ab, da sie erhebliche Teile des Volkes für politisch unmündig hielten. „Die echte Staatsweisheit gebietet, alle jähen Sprünge in den staatlichen Dingen möglichst zu vermeiden“, lautete ihre Überzeugung. „Wir haben keine Tabula rasa in Deutschland, wir haben gegebene Verhältnisse, und es gilt zu reformieren, nicht zu revolutionieren.“¹² Die Hochburgen der Liberalen lagen in Preußen und Österreich.

Dagegen traten die Demokraten für die Herrschaft und die Selbstbestimmung des Volkes ein und betrachteten ein durch allgemeine Wahlen bestimmtes Parlament als einzige Institution, der die Exekutive verantwortlich sein sollte. Auf eine Reformbereitschaft der Fürsten vertrauten sie nicht; daher forderten die meisten Demokraten die Abschaffung der Monarchie und die Gründung einer Republik. Die Arbeiter wollten sie durch Bildung und Teilhabe am Wohlstand mit einer demokratischen Republik versöhnen. Ihre Hochburgen waren mittelgroße Staaten wie Württemberg, Bayern und Sachsen, die anders als Preußen und Österreich eine jahrzehntelange Verfassungstradition besaßen.

Liberalen und Demokraten einigten sich am 28. März 1849 auf eine Verfassung eines Deutschen Reiches, die einen als konstitutionelle Monarchie verfassten gesamtdeutschen Bundesstaat vorsah. Die Demokraten verzichteten auf die Abschaffung der Monarchie; dafür setzten sie mit dem allgemeinen (Männer-)Wahlrecht ein wesentliches Element eines demokratischen Staates durch. Die Spitze des Staates verkörperte ein Erbkaisertum; der Monarch ernannte die ihm verantwortliche Reichsregierung. Die Gesetzkompetenz sollte ein aus zwei Kammern bestehender Reichstag erhalten, bestehend aus einem aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Volkshaus und einem Staatenhaus, dessen Mitglieder je zur Hälfte von den Landesregierungen und Landesparlamenten bestimmt wurden.

Ein wesentliches Element der Verfassung waren die vor einem Reichsgericht einklagbaren Grundrechte. Der Grundrechtskatalog umfasste unter anderem die Gleichheit vor dem Gesetz, das Recht auf Freizügigkeit, die Versammlungs- und Vereinsfreiheit, den Schutz des Eigentums und die Pressefreiheit. Auch wenn die Revolution scheiterte, blieb die Reichsverfassung ein Bezugspunkt für

künftige Verfassungen auf deutschem Boden. Neben Einheit und Freiheit strebten Liberale und Demokraten auch Macht an. Für sie verband sich mit der inneren Modernisierung der Anspruch, ein geeintes Deutschland in die Reihe der Großmächte aufsteigen zu sehen.

Die Debatten in der Frankfurter Paulskirche verfolgte mit heißem Herzen der 17 Jahre alte Leopold Sonnemann. Aus einer ursprünglich im unterfränkischen Höchberg ansässigen jüdischen Familie stammend, war der junge Sonnemann in der Offenbacher Tuchhandelsfirma seines Vaters tätig. Nach dem Tod seiner Eltern übernahm er die Firma, die er in eine in Frankfurt ansässige Bank umwandelte. Dem Bankgeschäft verdankte er ein Vermögen, das ihm später eine Tätigkeit als Zeitungsverleger ermöglichte.

In seinem Tagebuch beschrieb Sonnemann am 11. Juni 1848 sein Vertrauen in die „irdische Glückseligkeit“ und er sagte voraus: „Ich glaube, dass diese Glückseligkeit des Menschengeschlechts nur durch die Einführung der Demokratie in Form der sozialen Republik mit dem System der Gemeinschaft einstens zu erreichen ist.“¹³ Mit diesen Worten beschrieb der Siebzehnjährige die spätere Programmatik seiner *Frankfurter Zeitung*. Sonnemanns Zweifel an einer baldigen Volksherrschaft in Deutschland verriet ebenfalls ein emphatisch wirkender Brief vom 9. Dezember 1848: „O armes Deutschland! Zerrissenes Vaterland! Ich Diogenes zünde meine Laterne an und suche dich, deutsches Volk. Aber überall, überall wo ich hinkomme, ist von dir nichts zu finden, großes herrliches Volk.“¹⁴

Die Zeit für die Demokratie war noch nicht gekommen. Den Fürsten gelang es, die Revolution niederzuschlagen. Ernüchtert wandte sich der junge Sonnemann von den Gedanken an politische Ideale ab und der Geschäftswelt seiner Zeit zu. Erst mehr als zehn Jahre später fand er zur Politik zurück; getragen von Überzeugungen, die ihre Grundlage in der Reichsverfassung fanden.

1.3 Ein politisches Blatt

Ende der 1850er-Jahre lag die Weiterentwicklung der *Handelszeitung* nicht nur wegen des wiedererwachten politischen Interesses Sonnemanns, der seit 1856 in der Frankfurter Kommunalpolitik tätig war, nahe. Vielmehr bedurfte eine in die Tiefe reichende Betrachtung der Wirtschaft auch der Berücksichtigung der politischen Entwicklung Deutschlands, die damals Fahrt aufzunehmen schien.

Reaktion und Fortschritt

Nach dem Scheitern der Revolution gelang es den Fürsten, einen Teil ihrer verlorenen Macht zurückzuerobern. Am 23. August 1851 hob ein reaktivierter Deutscher Bund die Grundrechte auf. Ein Beschluss des Bundes vom 6. Juli 1854, ergänzt durch Gesetze der Mitgliedsstaaten, setzte der Pressefreiheit faktisch nahezu überall ein Ende. Zwar kehrte die Zensur nicht mehr zurück, dafür aber überzogen die Regierungen die Verleger mit erheblichen wirtschaftlichen Risiken. Die Gründung einer Zeitung erforderte eine staatliche Konzession, die wieder entzogen werden konnte. Die Verleger mussten eine Kautions stellen; zudem konnte der Zeitungsvertrieb durch die Post untersagt werden. Polizei und Gerichte durften Zeitungsausgaben beschlagnahmen.

Am 13. Juli 1854 erschwerte ein Bundesbeschluss politischen Vereinen ihre Tätigkeit erheblich. Sie benötigten eine behördliche Genehmigung; außerdem durften politische Vereine untereinander nicht in Verbindung treten. Viele Mitgliedsstaaten des Deutschen Bundes verstärkten die polizeiliche Überwachung politisch interessierter Bürger.

Diese Einschränkungen trafen die Demokraten mehr als die meist unbehelligt gebliebenen Liberalen. Viele Demokraten hatten Deutschland aus Furcht vor staatlicher Verfolgung verlassen; andere waren zu Haftstrafen verurteilt worden. „Politisch und gesellschaftlich isoliert mussten sie häufig unter schlechten Bedingungen einen Großteil ihrer Arbeitskraft für die Sicherung des Lebensunterhalts verwenden“, schreibt Andreas Biefang.¹⁵ Daher fiel eine Reihe demokratischer Zeitungen der Unterdrückung zum Opfer. In Deutschland waren die Demokraten noch in den Parlamenten der Mittelstaaten vertreten; als Hochburg blieb ihnen die Freie Stadt Frankfurt, in der die Zeitungen zudem weniger strengen Regulierungen unterlagen als in anderen Teilen Deutschlands.

Eine vollständige Rückkehr in die Zeit vor 1848 blieb den Fürstenherrschaften versagt. „Reaktion bedeutete nicht Restauration“, fasst Dieter Langewiesche zusammen.¹⁶ Ein von Industrialisierung und technischem Fortschritt befeuerter Wirtschaftsaufschwung riss viele Menschen aus ihren traditionellen Lebensweisen und förderte die Verstädterung. Rund um die sich entwickelnde Industrie entstand eine Arbeiterschaft, die sich politisch zu engagieren begann. Eine steigende Produktion von Nahrungsmitteln und eine bessere Gesundheitsversorgung ließen die Bevölkerung erheblich wachsen. Gleichzeitig führte die wirtschaftliche Entwicklung in Verbindung mit dem bürgerlichen Bildungsideal vor

allein in den städtischen Regionen zu einem erheblichen Rückgang des Anteils der Analphabeten.

Allmählich begann das Bürgertum, sich wieder politisch zu regen. Einflussreich wurde August Ludwig von Rochaus Forderung nach einer „Realpolitik“, die von vergangenen Idealen Abschied nahm, der Revolution und der Forderung nach einer Republik entsagte und die Möglichkeiten einer freien wirtschaftlichen Betätigung als vorübergehenden Ersatz für eine auf absehbare Zeit nicht erreichbare politische Freiheit akzeptierte. So hoffte von Rochau, Liberale und Demokraten zum gemeinsamen Handeln zu veranlassen.

Vom wirtschaftlichen, technischen und zivilisatorischen Fortschritt profitierten auch die Zeitungen. Die Erfindung der Telegrafie glich einer Revolution der Kommunikation, während die allmähliche Verdrängung der Postkutsche durch die Eisenbahn die schnelle Verbreitung von Zeitungen auch über größere Distanzen ermöglichte. „Die etablierten Zeitungen begannen, sich an den neuen Lesegewohnheiten der Stadtmenschen zu orientieren“, schreibt Thomas Birkner. „Erst das Lesen ermöglichte die Orientierung in der komplexer werdenden Welt der Stadt.“¹⁷ Die Zeitungen wurden zum wichtigsten Medium in einer Zeit, in der sich eine öffentliche Meinung zu bilden begann.

Neue Frankfurter Zeitung

Am 20. März 1859 teilte die *Frankfurter Handelszeitung* ihren Abonnenten mit, sie werde ihre Themenpalette erweitern und „mit dem 1. April zugleich in die Reihe der politischen Zeitungen Deutschlands treten.“ Am 15. April erschien der neue Politische Teil in Frakturschrift; der bisherige Finanzteil erhielt als Überschrift „Handelszeitung“. Er wurde bis Ende November 1859 weiterhin in Antiqua und danach ebenfalls in Fraktur gedruckt. Auch für seinen Politischen Teil achtete Sonnemann von Beginn an auf Informationsvorsprünge.

Als Politischen Redakteur gewann Sonnemann mit dem Pfälzer Georg Friedrich Kolb einen demokratischen Veteranen der Revolution von 1848.¹⁸ Kolb, ein als gefestigt und besonnen geschilderter Mann, besaß Erfahrung als früherer Verleger der von seinem Vater gegründeten *Neuen Speyerer Zeitung*; außer in der Frankfurter Nationalversammlung hatte er auch ein Parlamentsmandat im Bayerischen Landtag wahrgenommen. Seit 1853 lebte er aus politischen Gründen in der Schweiz.

Für Männer, die sich aktiv an der Revolution von 1848 betätigt hatten, war eine solche heute nicht mehr vorstellbare Kombination von Tätigkeiten nicht ungewöhnlich. Das Berufsbild des unabhängigen Vollzeitjournalisten hatte sich noch nicht

herausgebildet; viele Zeitungsmänner betrachteten sich als „Tagesschriftsteller“, sofern sie nicht ohnehin nur nebenberuflich in einem Medium tätig waren.

Seit dem 1. September 1859 hieß das Blatt mit vollem Namen *Neue Frankfurter Zeitung. Frankfurter Handelszeitung*, auch wenn sie überwiegend nur als *Neue Frankfurter Zeitung* bezeichnet wurde. Sie erschien in drei Ausgaben am Tag; das Hauptblatt wurde abends gedruckt, die zweite Ausgabe am Vormittag und die dritte Ausgabe nachmittags nach Börsenschluss.

Mit Wirkung vom 1. Januar 1860 erweiterte sich der Kreis der Eigentümer der Frankfurter Societäts-Druckerei, in deren Verlag die Zeitung erschien, zu einem Quintett. Neben Rosenthal und Sonnemann beteiligten sich der Anwalt, Journalist, Schriftsteller und Kommunalpolitiker Ludwig Braunfels, ein demokratisch gesinnter Teilnehmer der Revolution von 1848, sowie der Kaufmann und Journalist Bernhard Doctor, der sich dank seiner Fachkenntnis und seiner guten Vernetzung in der Geschäftswelt als fleißiger Autor des Handelsteils auszeichnete. Dieses Quartett hielt jeweils 30 Anteile am Verlag. Der Fünfte im Bunde, der Direktor der Frankfurter Gesellschaft für Dampfschleppschiffahrt, Johann Albrecht Vogtherr, begnügte sich mit acht Anteilen. Er schrieb gelegentlich über Verkehrsthemen. Einmal in der Woche, meist am Sonntag, trafen sich die Gesellschafter zu Sitzungen, deren Protokoll Sonnemann verfasste. Der Gesellschaftsvertrag verhinderte den Verkauf von Anteilen an unerwünschte neue Eigentümer; im Falle von Streitigkeiten sollte ein Schiedsgericht entscheiden.¹⁹

Ihr Programm beschrieb die Zeitung mit den Worten: „Frei und unabhängig dienen wir nur der Sache des Vaterlands und des entschiedenen Fortschritts. Ungehemmte Entwicklung des Volksgeistes ohne Nachäffung fremder Vorbilder, eine starke und durch innere Freiheit nur noch mehr gekräftigte Einheit Deutschlands, festes treues Zusammenhalten gegen das Ausland, rasch entschlossene, unnachgiebige und ihrer Zwecke sich wohlbewusste Feindschaft gegen den Feind, das sind die Ziele unseres Strebens. Nach innen frei und offen, für die freisinnigste Staatsgestaltung kämpfend, kennen wir im Kampf nach außen keine Partei und verfechten keine Sache als die Eine große der deutschen Nation. Unser Programm ist: Deutschland sei so mächtig nach Außen als frei nach Innen.“²⁰ Das Programm entsprach den Idealen der Demokraten in der Revolution von 1848. Es musste sich aber auch an der politischen Realität der Gegenwart messen lassen.